

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 54. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 11. September 2003

1. Abgeordnete
Dieter Burgard,
Christoph Grimm,
Manfred Nink,
Heike Raab und
Günter Rösch (SPD)

Verfahren zur Neuerteilung der Ableitungsgenehmigungen für das Kernkraftwerk Cattenom

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wurde die Landesregierung von der Generaldirektion für kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz der Französischen Republik über den Antrag auf Neuerteilung der Genehmigung für die Entnahme von Wasser aus der Mosel und für die Ableitungen unterrichtet und wie bewertet die Landesregierung den Antrag der Electricité de France im Hinblick auf die Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz?
2. Was hat die Landesregierung bisher in dieser Angelegenheit unternommen?
3. Was gedenkt die Landesregierung hinsichtlich einer Beteiligung der Öffentlichkeit zu unternehmen?

2. Abgeordnete
Michael Hörter und
Herbert Jullien (CDU)

Haltung der Landesregierung zur beabsichtigten Reform der Gewerbesteuer

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung eine Einbeziehung von ertragsunabhängigen Elementen in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der mittelständischen Wirtschaft?
2. Welche Mehrbelastung für Selbständige und Freiberufler mit welchen wirtschaftlichen Folgen für Beschäftigung und Ausbildung und die Preisentwicklung entstünden nach Auffassung der Landesregierung durch die beabsichtigte Besteuerung mit der Gewerbesteuer?
3. Wie hoch wären die Mehreinnahmen des Landes über die Gewerbesteuerumlage durch eine Ausdehnung auf Freiberufler und Selbständige und welche Mindereinnahmen bei der Einkommensteuer stünden dem entgegen?
4. Welchen Verwaltungsaufwand im Verhältnis zum möglichen Ertrag verursacht nach Auffassung der Landesregierung die Einbeziehung der Selbständigen und Freiberufler in die Besteuerung durch die Gewerbesteuer bei begrenzter Anrechnung auf die Einkommensteuer?

3. Abgeordnete**Dr. Bernhard Braun und
Nils Wiechmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Mangelndes Angebot an Ausbildungsplätzen**

Nach Angaben des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz-Saarland suchten Ende August in Rheinland-Pfalz noch 6 940 junge Frauen und Männer eine Lehrstelle. Dem stehen lediglich 2 813 gemeldete unbesetzte Stellen gegenüber. Damit kommen zurzeit rein rechnerisch auf jeden Ausbildungsplatz mehr als zwei Bewerberinnen und Bewerber. Um diesen jungen Menschen ein regional ausgewogenes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot anbieten zu können, müssten für sie 7 808 Ausbildungsplatzangebote zur Verfügung stehen.

Somit wird die Wahrscheinlichkeit immer größer, dass viele Jugendliche in diesem Jahr ihr Berufsleben mit einem eklatanten Misserfolg beginnen müssen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Werden nach Einschätzung der Landesregierung mit den durchgeführten und geplanten Maßnahmen zur Einwerbung zusätzlicher Ausbildungsplätze die derzeitigen Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz bis Ende dieses Jahres alle eine Ausbildungsstelle erhalten?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, im Verbund von berufsbildenden Schulen, gemeinnützigen Trägern, überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Betrieben neben berufsvorbereitenden Maßnahmen auch vollständige, anerkannte Berufsausbildungen anzubieten und durchzuführen?
3. Welche Wege sieht die Landesregierung, die unterschiedliche finanzielle Belastung zwischen Ausbildungsbetrieben und Betrieben, die keine Ausbildungsplätze anbieten, zu beseitigen?
4. Welche Kosten für den Landeshaushalt und die Arbeitsverwaltung (bitte getrennt angeben) werden nach Einschätzung der Landesregierung für die schulische und/oder soziale Betreuung der derzeitigen Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz entstehen, die für dieses Ausbildungsjahr keinen Ausbildungsplatz gefunden haben?

4. Abgeordnete**Christine Schneider (CDU)****Auswirkung der neuen Dornfelder-Verordnung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Beitrag leistet die Dornfelder-Verordnung, um Angebot und Nachfrage im Bereich der Rebsorte Dornfelder zu steuern?
2. Wie hat sich der Preis für Dornfelder-Fasswein vom 1. Januar 2003 bis zum 1. September 2003 entwickelt?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Marktentwicklung für Dornfelder-Landwein ein?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Imageentwicklung des Dornfelder-Weines bei gleichzeitigem Angebot von Dornfelder-Qualitätswein und -Landwein ein?

5. Abgeordneter**Dr. Edmund Geisen (FDP)****Dürreschäden in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Dürreschäden in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Liquidität besonders betroffener Landwirte zu erhalten?
3. Welche Maßnahmen sind erfolgt, um die Futtermangel in den viehhaltenden Betrieben zu vermindern?

6. Abgeordnete**Elke Kiltz****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Rückstände von Pestiziden in Obst und Gemüse**

Regelmäßig werden z. T. hohe Mengen von Pestizidrückständen in Lebensmitteln gefunden. Zum Beispiel hat Greenpeace zwischen Juni und August Paprika aus verschiedenen Supermarktketten auf Pestizidrückstände untersuchen lassen. Besonders Gemüse aus Südeuropa fielen dabei durch häufige und starke Belastung auf. Das Umweltministerium hat daraufhin gemeldet, dass Obst und Gemüse in Rheinland-Pfalz regelmäßig auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln getestet werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien werden die Stichproben für die Untersuchungen der rheinland-pfälzischen Institute für Lebensmittelchemie ausgewählt, wie häufig werden Proben genommen und wie viele pro Jahr insgesamt?
2. Bei welchen Produkten aus welchen Herkunftsländern werden dabei wie häufig Belastungen durch Rückstände von einem oder mehreren Pflanzenschutzmitteln festgestellt und wie häufig sind dabei Grenzwertüberschreitungen zu verzeichnen?
3. Sind Häufungen von Belastungen nach bestimmten Verkaufsstellen (Supermärkte, Wochenmärkte, kleine Läden) festzustellen, wenn ja, in welchen?
4. In welcher Form und wie lange nach dem Auffinden von belasteten Proben werden die Verbraucherschutzbeauftragte und die Öffentlichkeit informiert?

7. Abgeordnete**Marianne Grosse und****Franz Schwarz (SPD)****Lehrstellenendspurt: Initiativen von Landesregierung, Kammern, Landesarbeitsamt und Wirtschaft**

Der Ovale Tisch der Landesregierung hat zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres Initiativen in den Regionen auf den Weg gebracht, die helfen sollen, weitere Ausbildungsplätze anzubieten und die Vermittlung zu optimieren. Die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern unterstützen einen Ausbildungsplatzendspurt, bei der Ausbildungspaten und ehrenamtliche Ausbildungslotsen weitere Ausbildungsplätze gewinnen wollen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Initiativen haben die Landesregierung, die Kammern, die Unternehmen und das Landesarbeitsamt für das Ausbildungsjahr 2003/2004 ergriffen, damit noch freie Lehrstellen besetzt und weitere Ausbildungsplätze den Jugendlichen angeboten werden können?
2. Welche Initiativen, vor allem der Wirtschaft, gibt es nach Kenntnis der Landesregierung, um auch für diejenigen Wirtschaftsbereiche zu werben, die noch offene Ausbildungsplätze anbieten, damit so genannte „Mismatch“-Probleme auf dem Ausbildungsmarkt verringert werden können?
3. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit der Arbeit der Ausbildungspaten und Ausbildungslotsen auch im Hinblick auf die Zukunft gemacht? Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über die Erfahrungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hierzu vor?
4. Wie hoch ist der Anteil an den rund 2,5 Mio. Euro Landesmitteln für Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation, die den Kammern seit 1998 jährlich zur Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden?

8. Abgeordnete**Beate Reich und****Norbert Stretz (SPD)****Insolvenzverfahren im Internet**

Seit dem 1. September 2003 können gerichtliche Entscheidungen in Insolvenzverfahren online eingesehen werden. Rheinland-Pfalz ist damit eines der ersten Bundesländer, das diese Möglichkeit der Veröffentlichung nutzt, um die Verwaltung weiter zu modernisieren und noch bürgerfreundlicher zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Vorteile werden durch die neue Form der Online-Veröffentlichung für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz erreicht?
2. Inwiefern profitieren die Gerichte von der neuen Form der Online-Veröffentlichung?
3. In welcher Höhe werden durch eine derartige Verwaltungsmodernisierung Kosten reduziert?